

* Die Regierung und die Presse. Als die neue Regierung noch in der Freude ihrer Flitterwochen schwelgte und ihr der Mund von allerlei heilversprechenden Angelobungen überquoll, hat auch die Presse von der mündlichen und papiernen Freigebigkeit der Regierung einige verheißungsvoll klingende Zusagen und Versprechungen erhalten. Schöne Worte wurden da in Zukunftsmusik gesetzt und eine ganze Menge Promessen von der Regierung ausgegeben, wobei die Gewinne wohl angegeben waren, doch über die Ziehungstage ist nicht das Geringste vernathen worden. Heute hat es bereits den Anschein, als wären diese Tage in unerreichbare Fernen gerückt worden. Solch eine Promesse ohne Ziehungstermin ist auch der Presse in die Hand gebrückt worden, indem ihr hoch und heilig versprochen wurde, daß die politische Censur, dieser lästige und beschämende Knobel des Zeitungswesens, in kürzester Frist nicht blos gemildert, sondern ganz abgeschafft wird. Während der Anstands- und Freundschaftsvisiten, die der neue Justizminister den Journalistenvereinigungen abstattete, gab er unaufgefordert das Versprechen, daß er bald eine Verordnung erlassen werde, in der die Zeitungen von dem Marterpfahl der politischen Censur losgebunden werden sollten und höchstens in Fragen, die die Kriegführung und das Verpflegswesen berühren, sich gewisser Beschränkungen werden unterwerfen müssen. Von dieser Regierung konnte man eine rasche Befreiung der Presse aus den würgenden Händen der Censur umso bestimmter erwarten, als die Parteien der heutigen Regierung die frühere wegen der Maltraktirung der Presse bei jeder Gelegenheit auf das schonungsloseste angriffen. Die Regierung aber that nichts, was einer wohlthätigen Handreichung an die gepeinigete Presse irgend ähnlich sah und die feierlich versprochene Verordnung Vázsonyi's wollte auch nicht aus dem Dunkel ihres mysteriösen Aufenthaltes heraustreten. Inzwischen aber arbeitet die Censur mit Vollbampf, eifriger und umfassender, als während der als reaktionär verschrienen früheren Regierung. Die Blätter erscheinen immer häufiger mit den weißen Censurflecken, die vertraulichen Verwarnungen fliegen schwarmweise in die Redaktionen, und Angelegenheiten von brennender Aktualität werden überhaupt der journalistischen Diskussion entzogen. So wurde es uns eindringlich ans Herz gelegt, an die rzechische Frage oder an die Amnestie nur mit der größten Zurückhaltung und ängstlicher Behutsamkeit zu rühren. Im Angesichte dieser Erscheinungen ist unsere Frage gewiß berechtigt, inwieweit sich die Lage der Presse während der neuen Ära verbessert habe? Aber wir wollen diese Frage gar nicht stellen, weil sie durch die Gewißheit gegenstandslos geworden ist, daß die Presse während der neuen Regierung viel übler daran ist als zur Zeit des Tiba'schen Regimes. Tiba besaß

unter Anderem auch die große Tugend der Objektivität, die ihn davon abhielt, einen Unterschied zwischen Zeitung und Zeitung zu machen, möchte ein Blatt welcher Partei immer angehören. Bei den Informationskonferenzen Tiba's mit den Zeitungsleitern war jedes Blatt ohne Rücksicht auf seine Parteistellung vertreten, was man von den Konferenzen der neuen Regierung keineswegs sagen kann, die blos einzelne, ihr gefallende oder gefällige Blätter zu diesen Informationszusammenkünften ladet und damit die fragwürdige Institution der Leitpresse ins Leben rufen zu wollen scheint. Wie wollen uns übrigens über diese Angelegenheit bei diesem Anlaß nicht ausführlicher verbreiten und beschränken uns blos auf die Feststellung von tatsächlichen Erscheinungen in dem Behandlungsmodus, den die heutige Regierung der Presse gegenüber für angemessen erachtet. Die Stellungnahme zu der pressefeindlichen Haltung der neuen Regierung ist Aufgabe der journalistischen Vereinigungen, die in dieser Sache bald ihre Stimme vernehmen lassen dürfen.